

# Neuer Schub für Lärmschutzwall

## Gemeinderat Weingarten sieht Bund in der Pflicht, Bauwerk in Waldbrücke zu bauen

**Weingarten (ml).** In die Sache „Lärmschutz für die Waldbrücke“ kommt sichtbar Bewegung. Nachdem eine Initiative Bürgermeister Bänziger eine Forderung nach Lärmschutz mit 366 Unterschriften übergeben hatte, wurde das Thema in der jüngsten Gemeinderatssitzung behandelt.

Zusätzlichen Schub bekam der Antrag durch eine brandneue Lärmkartierung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg, die für den Weingartener Ortsteil eine hohe Lärmbelastung mit eindeutiger Überschreitung der Grenzwerte ausweist. Bürgermeister Eric Bänziger berichtete von einer Aussage des Straßen-

bauamts, das die Immissionswerte aufgrund eines neuen Fahrbahnbelags in 2010 geringer als in der letzten Kartierung von 2004 seien und es gebe keinen Grund für einen Lärmschutzwall.

Dieser Widerspruch zu den jetzt vorliegenden Zahlen sei aufzuklären. Sodann müsse die Gemeinde einen Lärmaktionsplan entsprechend der EU-Richtlinie für Umgebungslärm erstellen. Das bedeute Gegenmaßnahmen, die der Bund zu finanzieren habe. Das sei ein Novum in der Politik.

Der Verursacher des Lärms sei die Bundesautobahn und nicht die Gemeinde und darum sei der Bund in der Pflicht. Die Gemeinde sei nicht Träger

der Baulast, sondern der Bund soll eine Lärmschutzwand bauen. Es gehe jetzt darum, auf der Grundlage der neuen Kartierung vorzugehen. Parallel dazu sollten Vorschläge der Initiative als Soforthandlungen umgesetzt werden.

Der Beschluss beinhaltete schließlich einen Antrag auf Reduzierung der Geschwindigkeit auf 100 Stundenkilometer tags und nachts zu stellen, ein Konzept für eine Veränderung der als Schallschneisen fungierenden Waldwege zu entwerfen, womit der Forst bereits beauftragt sei, den Dissens zwischen der Aussage des Straßenbauamts und der vorliegenden Kartierung auszuräumen und auf rasche Umsetzung zu drängen.